

Bündnis-Pressemitteilung zum „13. Gedenkmarsch zur Erinnerung an die afrikanischen/Schwarzen Opfer von Versklavung, Handel mit Versklavten, Kolonialismus und rassistischer Gewalt“

Das Komitee für ein afrikanisches Denkmal in Berlin (KADIB) veranstaltet am 23.02.2019 ab 10:30 Uhr den 13. Gedenkmarsch zur Erinnerung an die afrikanischen/Schwarzen Opfer von Versklavung, Handel mit Versklavten, Kolonialismus und rassistischer Gewalt. Treffpunkt ist die Wilhelmstraße 92 in Berlin-Mitte.

Der Gedenkmarsch wurde ins Leben gerufen, um der Forderung nach Anerkennung der Verbrechen gegen afrikanische/Schwarze Menschen Nachdruck zu verleihen und um ihren Widerstand zu würdigen. Aus diesem Grund haben die Vereinten Nationen die internationale Dekade für

Menschen afrikanischer Abstammung unter dem Motto „Anerkennung, Gerechtigkeit, Entwicklung“ ausgerufen (2015-2024).

Mit Bezug auf das Ende der Berliner Afrika-Konferenz (26.02.1885) haben wir als Datum für den jährlichen Gedenkmarsch den jeweils letzten Sonnabend im Februar gewählt. Auf dieser Konferenz teilten die kolonial-imperialistischen Mächte unter Ausschluss von Afrikaner_innen den afrikanischen Kontinent und seine Menschen unter sich auf.

Dies bedeutete für die betroffenen skrupellose Unterdrückung, Ausbeutung, Versklavung, Zwangsarbeit, Folter, Vergewaltigung, Kunstraub und Kulturzerstörung. Neben direkten geographisch begrenzten „Völkermorden“ lässt sich insgesamt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in unerhörtem Ausmaß auf dem Kontinent und in der Diaspora konstatieren. Im Zuge der Kolonisierung Afrikas wurden mehr als 30 Millionen Menschen Opfer dieser Verbrechen.

1904-08 begingen die Deutschen an den Ovaherero und Nama den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. 50-80% ihrer Kinder, Frauen und Männer wurden ermordet und ihr gesamtes Land rechtswidrig besetzt. Die zeitgleichen Kriegsverbrechen der kaiserlichen „Schutztruppe“ im

ostafrikanischen Maji-Maji-Krieg kosteten - als Folgewirkung einer Politik der verbrannten Erde - mindestens 300,000 Menschen das Leben.

Unter Lettow-Vorbeck, dem Kommandeur der kaiserlichen „Schutztruppe“ im Ersten Weltkrieg, starben abermals Hunderttausende Ostafrikaner_innen. Zahlreiche Afrikaner_innen/Schwarze sind nach 1933 von den Nationalsozialisten zwangssterilisiert, als Kriegsgefangene hingerichtet oder in deutschen Konzentrationslagern ermordet worden. Zehntausende Menschen afrikanischer Herkunft kämpften auf Seiten der Alliierten und im Widerstand und opferten ihr Leben für die Befreiung Europas vom Naziregime.

Dennoch gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bis heute keine zentrale Gedenkstätte zur Würdigung der afrikanischen/Schwarzen Opfer der Maafa (Kiswaheli für „große Zerstörung“). Ihren Widerstand gegen Kolonialismus und Rassismus würdigen die Vertreter_innen von Bund und Ländern bis heute nicht.

Im Gegenteil. Die Bundesregierung schließt neo-koloniale Freihandelsabkommen ab, schafft Abhängigkeiten von europäischer Entwicklungshilfe, exportiert Waffen und externalisiert seine

Grenzlinsen, während Afrikaner_innen im Mittelmeer durch unterlassene Hilfeleistungen der EU in den Tod getrieben werden. Falls sie die EU doch erreichen, müssen sie sich vor Abschiebung, anti-Schwarzem institutionellen und Alltags-Rassismus fürchten.

Ausserdem tragen in ganz Deutschland zahlreiche Straßen noch immer die Namen von Kolonialverbrecher_innen und Profiteur_innen der Versklavung. Die Stadt Berlin hält sogar gegen den erklärten Willen der afrikanischen Community bis heute an der rassistischen Bezeichnung „Mohrenstraße“ fest. Das ist ein andauernder Affront, da der Name auf den von Brandenburg-Preußen ausgehenden Handel mit Versklavten und die Verschleppung minderjähriger Afrikaner_innen nach Berlin zurückgeht. 2019 will die Bundesregierung auch noch das Humboldt-Forum im Berliner Schloss eröffnen, in dem wertvolle Kulturschätze, die sich Kolonialverbrecher_innen angeeignet haben, präsentiert werden sollen.

Ungeachtet ihrer internationalen Selbstverpflichtungen von Durban 2001 und der derzeit laufenden UN Decade for People of African Descent (2015-24) hat die Bundesregierung die Nachfahren der Kolonisierten bis heute niemals um Entschuldigung gebeten.

Die Bundesregierung hat die Erklärung der Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz, die vom 31. August bis 7. September 2001 in Durban stattfand, unterzeichnet. Als Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus gegen Schwarze Menschen fordern wir im Sinne dieser Erklärung die umfassende Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und ihrer Kontinuität unter der maßgeblichen Beteiligung von Vertreter_innen der Afrikanischen/Schwarzen Communities.

Mitveranstalter*innen:

Afrikanischer Dachverband Norddeutschland - ADV-Nord,

Afrika-Rat - Dachverband afrikanischer -Vereine und Initiativen Berlin Brandenburg,

African / Black Community Networks

Africavenir International

Afropolitan Berlin

AFROTAK TV cyberNomads

Arbeitskreis Panafrikanismus München,

Afrikabund Hamburg,

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag BER

Berlin Global Village e.V.

Berlin Postkolonial

Black Nation Germany

Bündnis „Decolonize Berlin“

Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“

EOTO

Global Afrikan Congress

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund)

Pan-African Women Liberation & Empowerment Organisation - PAWLO Germany,

PEACE Germany

The VOICE Refugee Forum Germany

Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland